

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!****I. Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

Die Fraktion DIE LINKE hat am 5. Dezember 2012 den Antrag (Drucksache 18/683) „Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!“ gestellt:

„In Bremen ist fast jede dritte Familie eine mit einem alleinerziehenden Elternteil, zu 90 % Mütter. Das sind aktuell 17.700 Alleinerziehende mit 27.000 Kindern. Damit ist Bremen eine Hochburg der Alleinerziehenden. Obwohl die Erwerbsquote bei Alleinerziehenden bei 77,4 % liegt, sind die meisten (zwei Drittel) entweder geringfügig beschäftigt oder teilzeiterwerbstätig. Über die Hälfte der Alleinerziehenden bezieht Leistungen nach dem SGB II, bei Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern sind es sogar 64,8 %.

Schon im Armuts- und Reichtumsbericht wurden dieser Aspekt und diese Zielgruppe in den Mittelpunkt gerückt. Die größten Hürden für Alleinerziehende sind unzureichende Kinderbetreuungsplätze und fehlende Qualifikationen. Im Dezember 2011 hatten von den arbeitslosen Alleinerziehenden 60 % keinen Schulabschluss beziehungsweise 70 % keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Im Rahmen des Bundesprogramms ‚Gute Arbeit. Für Alleinerziehende!‘, das in Bremen seit dem Frühjahr 2010 umgesetzt wird, haben seit ungefähr einem Jahr vier regionale Anlaufstellen in Bremen und eine in Bremerhaven ihre Arbeit aufgenommen. Sie bieten Alleinerziehenden wohnortnah ein breites Beratungsspektrum sowie individuelle Unterstützung bei der Kinderbetreuung und der Suche nach Ausbildung und Arbeit.

Das Programm fördert Projekte, die zur Aktivierung oder sozialen und beschäftigungsbezogenen Stabilisierung von Alleinerziehenden, ihrer Qualifizierung, Integration in Ausbildung oder Erwerbstätigkeit beitragen und auf diese Weise die Hilfebedürftigkeit beenden helfen können. Ziel ist es, durch passgenaue Beratung und Qualifizierung die Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten der Alleinerziehenden zu erhöhen, damit Alleinerziehende und ihre Kinder langfristig unabhängig von staatlichen Fürsorgeleistungen leben können.

Es startete in Bremen und Bremerhaven am 15. April 2010 und endet am 31. Dezember 2012. Mittlerweile ist abzusehen, dass die Zielzahlen des Projektes absolut übertroffen werden:

Rund 1 300 Alleinerziehende wurden durch die unterschiedlichen Träger in den Stadtteilen bereits bis zum 1. September 2012 erreicht. Über 400 von ihnen konnten für eine Teilnahme an den Angeboten gewonnen werden, rund 100 wurden in Beschäftigung bzw. Ausbildung vermittelt. Dies zeigt den großen Bedarf der Zielgruppe und den Erfolg von Anlaufstellen, die niedrigschwellig und vor Ort Angebote machen können und somit die Zielgruppe erreichen. Die bisherigen Strukturen, die bei Mütterzentren, Beschäftigungsträgern, Quartiersbildungszentren und die Häuser der Familie angedockt sind, haben sich bewährt und müssen erhalten bleiben. Hier hat sich gezeigt, dass Frauen in ihrem jeweiligen Lebenskontext begegnet wird, und dies erfolgreich genutzt werden kann, um sie individuell zu beraten und ihnen Perspektiven zu eröffnen.

Flankierend gibt es in Zusammenarbeit mit der PIB gGmbH einen flexiblen Kinderbetreuungspool für diese Zielgruppe, der innerhalb der Programmumsetzung angeboten wird. Auch dieses Angebot ist wesentlich, um für Alleinerziehenden eine Integration in den Arbeitsmarkt überhaupt realistisch werden zu lassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die bisherige Umsetzung des Programms unter Einbeziehung aller Kooperationspartner weiterzuentwickeln, zu sichern und auch perspektivisch eine tragfähige Umsetzung der Maßnahmen zu finden, um eine Verstärkung der stadtteilbezogenen Strukturen für die Zielgruppe zu erreichen.“

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag am 13. Dezember 2012 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen überwiesen.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen berichtet dem Überweisungsbeschluss entsprechend wie folgt:

Am 31. Dezember 2012 ist das aus den ESF-Mitteln des Bundes (BMAS) geförderte Programm „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ (GAfA) ausgelaufen; die vier daraus geförderten Anlaufstellen für Alleinerziehende in Bremen und Bremerhaven haben ihre Arbeit beendet, ebenso die fünfte Anlaufstelle im Bremer Westen, die aus ESF-Mitteln des Landes gefördert wurde. Während der Laufzeit der Anlaufstellen konnten insgesamt 1 400 Alleinerziehende aus dem SGB II aktiviert werden (durch Einmalberatungen, Gruppenangebote und in Beratungsprozessen). In enger Abstimmung mit den Jobcentern erfolgte die individuell passgenaue Vermittlung in Schulabschlussmaßnahmen, Qualifizierungen, Ausbildung und Erwerbsarbeit.

An die positiven Erfahrungen der Anlaufstellen, vor allem an die niedrigschwellige, dezentrale Beratung in den Stadtteilen sollte angeknüpft werden. Es wurde überprüft, inwieweit dieser spezifische Beratungsbedarf in bestehenden Beratungsstrukturen abgesichert werden kann bzw. welche zusätzlichen Module bzw. Maßnahmen erforderlich sind.

Nach einer Bewertung der vorhandenen Angebote der Jobcenter und der Betrachtung der bestehenden Beratungsstrukturen mit den unterschiedlichen Zielsetzungen und Zielgruppen wird folgende Lösung vorgeschlagen, um den spezifischen Coaching- und Beratungsbedarf der Gruppe der Alleinerziehenden (mit komplexen Arbeitsmarkthürden) abzudecken:

- Das Jobcenter Bremen plant eine spezifische Coachingmaßnahme für Alleinerziehende in weiteren Stadtteilen, für die eine Kofinanzierung mit ESF-Mitteln des Landes erforderlich ist. Die Maßnahme soll ab dem 1. September 2013 starten. Dieser Vorschlag wurde der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 2. Mai 2013 vorgelegt. Die Deputation hat dem Vorschlag zugestimmt (Nr. 18/318 L).

Grundsätzlich sind in der Grundsicherung die Jobcenter für die Förderung der Alleinerziehenden durch Eingliederungsmaßnahmen und für die Arbeitsvermittlung zuständig. Das Jobcenter Bremen und das Jobcenter Bremerhaven halten jeweils unterschiedliche Angebote vor, die sich speziell an die Zielgruppe der Alleinerziehenden richten.

Das Servicecenter (Callcenter) der Bundesagentur für Arbeit ist mit der Kontaktaufnahme zu Ein-Eltern-Familien im SGB II mit einem Kind unter drei Jahren beauftragt worden. Sie werden regelmäßig telefonsich über die Angebote des Jobcenters informiert.

Außerdem werden regelmäßig aktuell die folgenden Angebote für die Zielgruppen durchgeführt:

- „Förderzentrum für Alleinerziehende“ mit 35 Plätzen,
- Ganzheitliche Integrationsleistungen (GanzIL-Maßnahmen),
- Teilzeitausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE),
- diverse Förderungen beruflicher Weiterbildungen (FbW-Maßnahmen).

Speziell an junge Mütter richten sich Projekte:

- BeLeM (zsb, Zentrum für Schule und Beruf des DRK)
Berufliche Lebensplanung für junge Mütter mit der Möglichkeit, den erweiterten Hauptschulabschluss nachzuholen. Die Kinderbetreuung wird direkt am Schulstandort angeboten.
- Spagat (zsb, Zentrum für Schule und Beruf des DRK)
Ausbildungsvorbereitung für junge Mütter, insbesondere mit der Unterstützung bei der Unterbringung der Kinder.

Im Rahmen der zum 1. März 2013 gestarteten Joboffensive stehen auch die Alleinerziehenden im Fokus einer engeren Betreuung.

Um den Erfolg der benannten Maßnahmen zu ermöglichen und zu sichern, ist ein Ausbau der Angebote für eine flexible Kinderbetreuung erforderlich. Es gibt Planungen im Ressort der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen eine Koordinierungsstelle für Flexible Kinderbetreuung bei der Organisation „Pflegekinder in Bremen“ (PiB) sicherzustellen. (Die bisherige Förderung dieser Koordinierungsstelle über das Programm GAfA lief am 31. Dezember 2012 aus.)

Nach dem aktuellen Stand kann dieses Vorhaben jedoch frühestens ab August 2013 in Angriff genommen werden, da beim Träger PiB zurzeit keinerlei Kapazitäten für die erforderliche Konzeptentwicklung frei sind.

II. Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 5. Dezember 2012 (Drucksache 18/683) abzulehnen.

Für die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Martin Günthner
(Vorsitzender)

Andreas Kottisch
(Sprecher)